

**Antrag auf Erteilung
einer Aufenthaltserlaubnis**
 **Antrag auf Verlängerung
einer Aufenthaltserlaubnis**

gem. § 81 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

Eingang

PKZ

Sachbearbeiter/in

Lichtbildgrundsätzlich
biometrietauglich!

35 x 45 mm

**Bitte mitbringen,
nicht aufkleben!**
Hinweis: Die Beantragung eines Aufenthaltstitels hat für jede Person – auch für Kinder – auf einem eigenen Vordruck zu erfolgen (§ 81 AufenthG).
Antragsteller / Antragstellerin Herr Frau

Familiename, ggf. frühere(r) Name(n)			
Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland	
Staatsangehörigkeit		eventuell frühere Staatsangehörigkeit(en)	
Volkszugehörigkeit (Angabe freiwillig)	Religion (Angabe freiwillig)	Augenfarbe	Größe cm
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet	seit	<input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft lebend	seit
<input type="checkbox"/> geschieden	seit	<input type="checkbox"/> verwitwet	seit
		<input type="checkbox"/> getrennt lebend	seit
Telefon	Fax	E-Mail	

Einreise und Aufenthalt

Ersteinreise am	Angaben über Visum nur bei erster Antragstellung notwendig <input type="checkbox"/> ohne Visum <input type="checkbox"/> mit nationalem Visum		
<input type="checkbox"/> mit Schengen-Visum	<input type="checkbox"/> mit Aufenthaltstitel, ausgestellt von einem anderen EU-Mitgliedstaat		
Visum ausgestellt von		am	
Visum Nr.	gültig von	gültig bis	Aufenthaltsdauer
Zustimmung zum Visum durch			
Wohnsitz(e) derzeitiger Wohnsitz in Deutschland: Straße, Hausnummer, PLZ, Ort			
zugezogen von (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		am	
Frühere Aufenthalte in Deutschland		<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
von (Datum)	bis (Datum)	in (Ort, Kreis, Bundesland)	
von (Datum)	bis (Datum)	in (Ort, Kreis, Bundesland)	
von (Datum)	bis (Datum)	in (Ort, Kreis, Bundesland)	
Wohnsitz im Ausland (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)			
Staat		<input type="checkbox"/> wird nicht beibehalten	<input type="checkbox"/> wird beibehalten

Familienangehörige

Ehegatte / eingetragener Lebenspartner nach LPartG

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geschlecht

männlich

weiblich

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

eventuell frühere Staatsangehörigkeiten

Volkszugehörigkeit (Angabe freiwillig)

Religion (Angabe freiwillig)

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

aufenthaltsrechtlicher Status

gültig bis

Aufenthaltserlaubnis

Niederlassungserlaubnis /
Erlaubnis zum Daueraufenthalt - EU

Asylberechtigt

sonstiger aufenthaltsrechtlicher Status

Bezeichnung

gültig bis

Kinder des Antragstellers (weitere Kinder bitte auf gesondertem Beiblatt angeben)

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

1

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geschlecht

männlich

weiblich

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

2

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geschlecht

männlich

weiblich

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

3

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geschlecht

männlich

weiblich

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Eltern des Antragstellers

Vater: Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)

Mutter: Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Staatsangehörigkeit

derzeitiger Wohnsitz (Straße Hausnummer, PLZ Ort, Staat)

Aufenthaltszweck

Zweck des Aufenthalts in Deutschland		
<input type="checkbox"/> Studium / Ausbildung	<input type="checkbox"/> Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/> Völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe
<input type="checkbox"/> Familiäre Gründe	<input type="checkbox"/> Besondere Aufenthaltsrechte	<input type="checkbox"/> Sonstiger Zweck
Nähere Erläuterung: z.B. Ausbildungsbetrieb, Hochschule, Familienangehörige usw.		
Der Aufenthaltszweck hat sich seit der letzten Erteilung eines Aufenthaltstitels		
<input type="checkbox"/> nicht geändert <input type="checkbox"/> geändert (bitte begründen)		
Begründung		
Beabsichtigte Dauer des Aufenthalts		
von (Datum)	bis (Datum)	Sonstiges

Sicherung des Lebensunterhalts

Lebensunterhalt		
Aus welchen Mitteln bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?		
Nehmen Sie Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II, Hartz IV, Sozialhilfe, Wohngeld etc.) in Anspruch?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja (wenn ja, bitte aktuellen Leistungsbescheid beifügen)	Betrag
		EUR monatlich
<input type="checkbox"/> Sonstige		Betrag
		EUR monatlich
Krankheit / Krankenversicherung		
Leiden Sie an Krankheiten? (nur bei erster Antragstellung)		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, an	Bezeichnung der Krankheit
Besteht für Sie Krankenversicherungsschutz in Deutschland?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, bei	Versicherungsträger

Rechtsverstöße

Hinweis: Ausländerbehörden erhalten gem. § 41 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes über das Bundeszentralregister und das Erziehungsregister (BZRG) unbeschränkte Auskunft aus dem Zentralregister. Es sind daher in diesem Antrag alle Vorstrafen – auch solche nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 BZRG – anzugeben. Das Verschweigen von Vorstrafen im Antrag kann strafrechtlich verfolgt werden und zu Geld- oder Freiheitsstrafen führen.		
<input type="checkbox"/> Wurden Sie wegen Rechtsverstößen verurteilt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
<input type="checkbox"/> in Deutschland	<input type="checkbox"/> im Ausland	
Datum	Gericht	
Grund		
Art und Höhe der Strafe		
Weitere Verstöße bitte auf gesondertem Blatt angeben.		

Wird gegen Sie wegen des Verdachts einer Straftat ermittelt? Wurde öffentliche Klage erhoben?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	in Deutschland <input type="checkbox"/> im Ausland
		Ermittelnde Behörde
Wurden Sie bereits aus Deutschland oder einem Schengener Vertragsstaat ausgewiesen oder abgeschoben?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	von (Staat) _____ am _____
Wurde ein Einreiseantrag von Deutschland oder einem Schengener Vertragsstaat abgelehnt?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	von (Staat) _____ am _____
Wurde ein Antrag auf einen Aufenthaltstitel / eine Aufenthaltsgenehmigung von Deutschland oder einem Schengener Vertragsstaat abgelehnt?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	von (Staat) _____ am _____

Förderung der Integration (Angaben nur bei 1. Antragstellung notwendig)

Angaben nur erforderlich bei	
<ul style="list-style-type: none"> – Einreise / Aufenthalt zu Erwerbszwecken (§§ 18, 21 AufenthG) – Familiennachzug (§§ 28, 29, 30, 32, 36, 36a AufenthG) – Einreise als langfristig Aufenthaltsberechtigter nach § 38a AufenthG – Aufenthalt aus humanitären Gründen (§ 25 Abs. 1, 2, 4a Satz 3 oder § 25b AufenthG) 	
<input type="checkbox"/>	Ich habe hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache (Niveau A 2)
<input type="checkbox"/>	Ich kann mich auf einfache Art in deutscher Sprache mündlich verständigen
<input type="checkbox"/>	Ich befinde mich in einer beruflichen oder sonstigen Ausbildung als _____ <i>(Bitte Nachweise beifügen)</i>
Art der Ausbildung	
<input type="checkbox"/>	Ich nehme an einem Bildungsangebot im Bundesgebiet teil, das einem Integrationskurs vergleichbar ist. <i>(Bitte Nachweise beifügen)</i>
<input type="checkbox"/>	Ich habe keine deutschen Sprachkenntnisse
<input type="checkbox"/>	Ich nehme eine schulische Ausbildung auf oder setze meine bisherige schulische Ausbildung fort <i>(Bitte Nachweise beifügen)</i>
<input type="checkbox"/>	Die Teilnahme an einem Integrationskurs ist mir auf Dauer unmöglich oder unzumutbar, weil _____ <i>(Bitte Nachweise beifügen)</i>
Begründung	

Wichtige Hinweise nach § 54 Abs. 2 Nr. 8, 9 und § 82 Aufenthaltsgesetz

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- ich nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 Aufenthaltsgesetz ausgewiesen werden kann, wenn ich in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wird, im In- oder Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Flughafentransit-Visums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung mache oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörde mitwirke.
- unrichtige oder unvollständige Angaben den Straftatbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz erfüllen. Die Straftat kann mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden. Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er gegen Rechtsvorschriften verstößt, wozu auch unvollständige und unrichtige Angaben zum vorstehenden Sachverhalt gehören (§ 54 Abs. 2 Nr. 9 Aufenthaltsgesetz). Ein erteilter Aufenthaltstitel kann zurückgenommen werden.
- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.

Hinweise zur Datenerhebung

Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§ 86 AufenthG).

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können die im Einzelfall geltenden Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde gerne erfragt werden.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und vollständig gemacht zu haben.

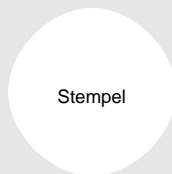
Ort, Datum

eigenhändige Unterschrift

Stellungnahme der Meldebehörde

Der Antragsteller ist hier gemeldet seit	Datum	<input type="checkbox"/>	Hauptwohnsitz	<input type="checkbox"/>	Nebenwohnsitz	
Die Angaben	<input type="checkbox"/>	stimmen mit den vorgelegten Unterlagen überein	<input type="checkbox"/>	sind nicht vollständig prüfbar		
Gegen den Aufenthalt bestehen		<input type="checkbox"/>	keine Bedenken			
		<input type="checkbox"/>	folgende Bedenken:			
Der Ausländerbehörde	Name	weitergereicht mit		Anzahl	Anlagen	

Ort, Datum



Behörde

Unterschrift